

2015 bricht der Finanz-Sturm los

Die Zeichen stehen global auf Sturm. Wer das Faktenpuzzle zusammenfügt, der erkennt, daß 2015 das Potential hat, das ganze Gebilde zum kollabieren zu bringen.

Mein lieber Scholli. Das neue Jahr hat turbulent angefangen. Der Januar hatte es bereits in sich und ist hoffentlich kein Omen für das restliche Jahr.

Zuerst die Schweizer Nationalbank (SNB) mit der Aufhebung der Frankenbindung an den Euro, dann die EZB mit ihrer Billionen-Bombe, und zusätzlich noch die Wahl in Griechenland, die die Extremisten an die Macht manövriert hat. Hinzu kommen die Anschläge in Paris und die Verschärfung der Krise in der Ukraine.

Die Notenbanken erkaufen seit dem Krisenjahr 2008 nur eines – Zeit. Das hat bislang sechs Jahre funktioniert, aber es war teuer – sehr teuer. 2015 stehen die Zeichen auf Sturm. Global häufen sich die Warnungen. Die große Masse der Anleger lässt sich derzeit durch die fatale Notenbankpolitik und die dadurch stetig steigenden Aktienmärkte auf ein riskantes Spiel ein: Aktien- und Anleihekurse erreichen Rekordstände, völlig losgelöst von der Realwirtschaft. Die Folgen werden schmerzen.

Nichts ist gelöst

Seit 2007 ist die globale Verschuldung laut der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) um 50 Prozent auf mehr als 150 Bio. US\$ gestiegen. Allein die weltweite Verschuldung der privaten Haushalte ist 25 Prozent auf mittlerweile 175 Prozent des verfügbaren Einkommens gestiegen. Trotz dieser Besorgnis erregenden Lage kletterten die Aktienmärkte seit 2009 steil nach oben. Immer mehr Anleger lassen sich, blind vor Gier auf der Jagd nach Rendite – wie zuvor in den Jahren 2000 und 2008 – abermals blenden.

Global versuchen die Notenbanken mit historisch niedrigen Zinsen und einer Flut billigen Geldes der Krise in ihren Volkswirtschaften entgegenzusteuern, die ja erst auf Grund zu niedriger Zinsen entstanden ist. Ob Dax, Dow Jones, Nikkei...alle großen Aktienindizes haben sich seit ihrem Tief im Jahr 2009 mindestens verdoppelt. Dabei sind die Ursachen der globalen Krisen nicht einmal ansatzweise gelöst.

Die Notenbanken überschütten die (Banken-)Welt lediglich mit billigem Geld. Das hat bislang weltweit den Aktien- und Bondmärkten in Form höherer Kurse genutzt. Auch die Preise für Immobilien ziehen zumindest in den städtischen Ballungszentren der Schweiz, Deutschlands und Österreichs sowie in den Metropolen weiter an.

Im Oktober 2014 wurde uns allen verdeutlicht, was geschieht, wenn die Notenbanken auch nur leicht mit dem Gedanken spielen, die Zeiten des billigen Geldes leicht einzuschränken. Die Märkte knickten abrupt ein.

Mit Zinsanhebungen drohen Staatspleiten

Sofort fühlten sich international die Zentralbanken verpflichtet, die Geldschleusen noch weiter zu öffnen. Die Bank of Japan ist inzwischen offensichtlich komplett dem geldpolitischen Wahnsinn verfallen und verfolgt geradezu eine Kamikaze-Geldpolitik. Und die Europäische Zentralbank (EZB) plant ihre Bilanz von zwei auf drei Billionen Euro durch den Kauf von ABS-Papieren, Unternehmens- und auch Staatsanleihen auszuweiten.

Dafür, dass die wilde Party an den Finanzmärkten bereits seit 2009 anhält, haben sich die Notenbanken Jahr für Jahr mächtig ins Zeug gelegt. Die EZB hat den Leitzins mittlerweile auf das Rekordtief von 0,05 Prozent gesenkt. Dies hat den Märkten jahrelang genutzt, aber kaum der realen Wirtschaft und enteignet uns Sparer jedoch tagtäglich schleichend und beraubt uns der Möglichkeit, eine adäquate Altersvorsorge aufzubauen.

Wir gehen fest davon aus, dass dies auch so bleiben wird. Denn Notenbanken können die Zinsen kaum anheben. Damit würden sie das zarte Miniwachstum vollends abwürgen, einen Sturz der Aktienbörsen lostreten und gleich Pleiten mehrerer südeuropäischer Länder auslösen.

Die Maßnahmen der Notenbanken haben uns zwar teuer einige Jahre Zeit erkaufte. Die Ursachen der Krise wurden nicht einmal ansatzweise gelöst, denn das ist Aufgabe der Regierungen.

Die Resultate erleben wir jetzt: Verheerende Fakten aus der Realwirtschaft werden weiterhin ignoriert. Die Verschuldung in den USA (und anderer Industrieländer) nimmt mittlerweile abstruse Ausmaße an. In der USA sind wir schon bei über 18 Billionen Dollar: Mit neuen Schulden werden alte bezahlt.

Auf Dauer ist es jedoch unmöglich, Schulden mit Schulden zu begleichen. Auch nach dem Auslaufen des Quantitative Easing III Ende Oktober 2014 reinvestiert die US-Notenbank Fed weiterhin die Zinsen und fällig werden Anleihen in Höhe von rund 40 Milliraden Dollar monatlich wieder neu in Staatsanleihen und Immobilienpapiere, um die Märkte weiterhin zu stabilisieren. Inzwischen ist die Fed vor China größter Gläubiger der US-Bundesregierung. Die Gesamtbilanz der Fed ist auf gigantische 4,5 Billionen Dollar angeschwollen. Damit wurde das Perpetuum Mobile der Finanzbranche erfunden.

Nährboden für Extremismus

Ein Blick auf die gegenwärtige, brisante wirtschaftliche Lage in Europa verstärkt unsere Bedenken. Auch hier maximieren Politik, Notenbanken und Finanzwelt zusammen den volkswirtschaftlichen Schaden auf Kosten von uns Bürgern und insbesondere der Jugend Europas. Besonders Griechenland und Portugal sind de facto bankrott. Diese Länder werden niemals ihre Schulden begleichen können, und der große Schuldenschnitt, nein sogar Schuldenerlass muss und wird kommen. Deshalb ist es nicht überraschend, dass heute offen über einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone gesprochen wird.

Die Arbeitslosenzahlen in den südeuropäischen Euro-Ländern erklimmen Höhen, die uns lediglich aus Zeiten der Weimarer Republik bekannt sind. Das endete historisch bekanntlich in einer schlimmen Katastrophe. Diese Wiederholung gilt es zu verhindern. Die falsche Politik der Europäischen Union (EU), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Notenbanken schafft einen brandgefährlichen Nährboden für Populisten, Extremisten, Separatisten und Nationalisten. Diese werden auch 2015 europaweit immer mehr an Zulauf gewinnen. So wie in Griechenland Tsipras mit seiner linken Partei Syriza die Wahl gewonnen hat, wird Madame Le Pen in Frankreich weiter Zulauf erhalten.

In Spanien und Griechenland sind bereits mehr als 50 Prozent aller Jugendlichen ohne Arbeit und Italien (44,2 Prozent) ist auf dem Weg dahin. Italien hat mittlerweile die höchste Arbeitslosigkeit seit Datenerhebung im Jahr 1977. Fakt ist: Vielen Euro-Ländern ging es mit ihren alten Währungen erheblich besser als mit dem Euro. In der Südperipherie Europas wird eine ganze Generation seit Jahren ihrer Zukunft beraubt – und es wird eine Altersarmut-Welle unbekanntes Ausmaß auf uns zukommen. Es ist lediglich eine Frage der Zeit, bis diese Jugendlichen ihr Recht auf Zukunft einfordern.

Die Todesspirale der Troika

Durch die restriktive Politik der Troika (EU-Kommission, EZB und IWF) wird kontinuierlich die reale Wirtschaft zerstört. Die drastischen pauschalen Einsparungen würgen die Konjunktur ab. Dies führt zu mehr Arbeitslosen. Diese können wiederum nicht mehr ihre Kredite bedienen, was wiederum den Binnenkonsum, Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen kappt. Eine Todesspirale, die Länder gleich reihenweise in den Ruin treibt.

Logischerweise fällt die Industrieproduktion der Länder ins Bodenlose. Die beiden europäischen Kern-Volkswirtschaften Frankreich und Italien befinden sich heute auf einem Niveau von 1994 bzw. 1986. Damit sind die aufgetürmten Schuldenberge untragbar.

Die populäre Forderung zahlreicher französischer Politiker, den Euro abzuwerten, um die einheimische Wirtschaft anzukurbeln, ist für uns unsinnig. Denn je schwächer der Euro wird, desto günstiger werden auch deutsche Waren und Dienstleistungen für Kunden außerhalb der Eurozone. Wir sind davon überzeugt: Weder US-Amerikaner noch Chinesen werden beispielsweise mehr Peugeot oder Citroen und dafür weniger BMW oder Audi kaufen.



Der Baltic Dry Index stürzt auf ein 29-Jahres-Tief

Absehbar ist, dass eine oder andere französische Automobilkonzern in nicht allzu ferner Zukunft erst um erhebliche Staatshilfen betteln und schlussendlich doch Pleite gehen wird. Frankreich wird immer tiefer in eine politische und wirtschaftliche Krise schlittern und die Eurozone vor unlösbare Probleme stellen. Seit Mai 2013 hat der Euro nun schon 16 Prozent! (update: >30 Prozent) an Wert verloren. Es scheint, dass die Hilferufe Frankreichs erhört werden. Der Euro ist zweifellos viel zu schwach für Deutschland und viel zu stark für Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und Griechenland.

Viele Länder Südeuropas leiden zutiefst durch Rekorde an Arbeitslosigkeit und Verschuldung sowie einer am Boden liegenden Wirtschaft. Das Absurde ist: Selbst diese Risiko-Länder können sich so günstig verschulden wie noch zuvor. Deshalb ist es lediglich eine Frage der Zeit, bis uns dieser volkswirtschaftliche Irrsinn um die Ohren fliegt. Im Zinskorsett der EZB werden diese Länder niemals gesunden können. Ein Zerschlagen des Euros und der EU war noch nie brisanter.

Weltwirtschaft siecht dahin

Alle Bandagen und Notoperationen am internationalen Finanzsystem der vergangenen Jahre haben letztlich nicht geholfen. Die alten Wunden brechen nun wieder auf. Die Weltkonjunktur stottert und immer mehr Länder stehen vor einer weiteren Rezession. Die Sanktionen zeigen insbesondere in Russland ihre verheerende Wirkung. Der Rubel sowie die russische Wirtschaft gehen immer weiter in die Knie. Die Folgen eines Bankrotts Russlands sind weder wirtschaftlich noch politisch abzuschätzen.

Jedoch nicht nur der russische Rubel, sondern auch der brasilianische Real, der mexikanische Peso, die türkische Lira, der südafrikanische Rand, die indische Rupie und die indonesische Rupiah befinden im Sinkflug. Laut Schätzungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) haben internationale Banken bis Mitte 2015 ein Volumen von 3,1 Billionen Dollar an die Schwellenländer verliehen. Ergänzend haben obige Länder Auslandsanleihen im Volumen von 2,6 Billionen Dollar aufgelegt – 75 Prozent davon wurden in Dollar ausgegeben. Die Folgen eines weiteren Währungsverfalls in den Schwellenländern sind ebenfalls schwer auszumalen.

Ferner befindet sich der Ölpreis im steilen Sinkflug und signalisiert deutlich, dass die Weltwirtschaft dahindämmert. Der niedrige Ölpreis stellt nicht nur Russland vor gravierende Probleme, sondern auch Venezuela steht vor dem Bankrott. Im November 2015 kletterte die Inflationsrate dort auf irrsinnige 64 Prozent. 2015 muss das Land mehr als 30 Milliarden Dollar an Krediten zurückzahlen.

Aber auch die Ölförderländer Ecuador und Nigeria stehen bald vor gewaltigen finanziellen Problemen. Es ist von einer Deflation auszugehen, auf die ein deflationärer Schock folgen wird. Daraufhin wird sich eine grassierende Inflation ausbreiten mit verheerenden globalen Auswirkungen.

Jede Delle wird mit Geld zugeworfen

Die Ursachen der Krise wurden weder angegangen, noch nachhaltig gelöst, sondern lediglich mit Geld übertüncht und in die Zukunft verschoben. Die Parole lautet unverändert: Zinsen senken und die Märkte mit übermäßig viel Liquidität versorgen, um das Finanzsystem am Leben zu erhalten und das Finanzkarussell am Laufen zu halten. Das kann und wird auf Dauer nicht funktionieren.

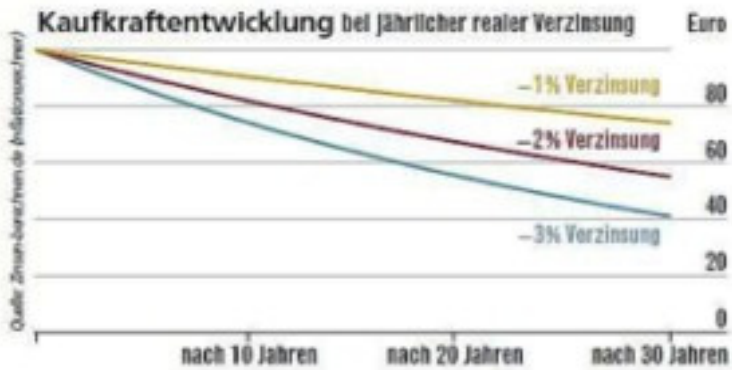
Die ersten Anzeichen konnten wir im Oktober 2014 erleben. Trotz Rekord-Tiefzinsen und Aufkaufprogrammen der Notenbanken schwindet das Vertrauen der Anleger schnell. Dax, Dow Jones und Nikkei haben in kurzer Zeit kräftig Federn gelassen. Die desperaten Notenbanken sprangen gleich wieder in die Bresche und versprachen, die Zinsen im Keller zu belassen sowie alles zu tun, um die „Märkte zu stützen“.

Brasilien und China fangen an zu schwächeln und spülen damit die lange unterdrückten Probleme und Misstände an die Oberfläche. Dadurch sinkt auch der Baltic Dry Index auf immer neue Tiefststände und signalisiert klar ein Abkühlen der Emerging Markets und somit der Weltwirtschaft. Mehr denn je wird offensichtlich, dass der Crack up Boom sich dem Ende zuneigt und die Geldspritzen der Notenbanken ihre Wirkung allmählich verlieren.

Enteignung, Zwangsabgaben und Inflation

Das Neue Jahr verheißt uns leider nicht viel Gutes. Aus diesem Grund müssen wir Sie mit zwei knallharten Wahrheiten konfrontieren:

1. Die Zeit der Renditen ist vorbei! Bereits heute werden wir durch die momentane Niedrigzinsphase der Notenbanken schleichend enteignet. Unser Geld verliert durch die verheerende Notenbankpolitik jeden Tag mehr an Kaufkraft.



Bei nur 2 Prozent Inflation pro Jahr halbiert sich die Kaufkraft Ihres Geldes bereits nach 35 Jahren!

Die Verzinsung auf Spargbüchern und Tagesgeldkonten liegt bei minus/plus 0 Prozent. Die offizielle Inflation liegt weit darüber. Bereits im vierten Quartal 2014 hat die erste deutsche Bank, die Skatbank, eine Internet-Tochter einer Volksbank in Thüringen, Negativzinsen eingeführt. Ende November spricht Deutschlands zweitgrößte Bank, die Commerzbank, von der Einführung einer „Guthabengebühr“ bei einzelnen großen Firmenkunden mit hohen Guthaben sowie bei Großkonzernen und institutionellen Anlegern“. Auch die Deutsche Bank schließt einen Negativzins nicht aus. Hierzu, Co-Vorstandschef der Deutschen Bank und Präsident des Deutschen Bankenverbands, Jürgen Fitschen:

„Jedes einzelne Institut muss sich mit dem Thema auseinandersetzen“.

Und seit Ende des vergangenen Jahres rechnet auch die genossenschaftliche WGZ Bank (eine der beiden Zentralbanken des genossenschaftlichen Finanzverbundes) mit Negativzinsen für Sparer.

Negativzinsen für Sparer sind lediglich die logische Folge der verheerenden EZB-Niedrigzinspolitik. Aufgrund dessen ist es logisch, wenn die Banken die Kosten an die Sparer weiterreichen. Dies wird kommen! Da jedoch viele Bürger rechnen können, werden sie ihre Guthaben abziehen und ins Schließfach legen, sobald die Negativzinsen die Schließfachgebühr übersteigen. Als nächster Schritt wird und muss dann das bereits von Kenneth Rogoff, ehemaliger Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF), im November 2014 geforderte Bargeldverbot kommen. Denn dann könnten die Zentralbanken laut Rogoff „auf diese Weise leichter Negativzinsen durchsetzen, um so die Wirtschaft anzukurbeln“. Rogoff hat erkannt, dass „Papiergeld das entscheidende Hindernis“ ist, die Zentralbank-Zinsen weiter zu senken. Er sieht in der Beseitigung von Papiergeld eine sehr einfache und elegante Lösung für dieses Problem. Damit wäre ein jeder komplett kontrollierbar.

Worauf wir uns einstellen müssen

2. Wir alle werden Wohlstand verlieren – und auch an andere abgeben müssen. Kalte Progression, finanzielle Repression, Zwangsabgaben, Schuldenschnitt, Enteignung, historisch tiefe Leitzinsen, Bargeldverbot, Haftungskaskade und Negativzinsen – die Worte klingen kompliziert und hinterlassen ein ungutes Gefühl. Im Klartext bedeuten sie: Unser Geld und unser Vermögen werden im Kern angegriffen!

- **Das kriminelle Schneeballsystem: Staatsschulden eskalieren** Unser Finanzsystem hat in den letzten Jahren monströse Ausmaße angenommen. Die Staaten und Notenbanken der Welt haben seit 2008 unser Finanzsystem vor dem sicheren Untergang bewahrt, sich aber selbst an den Rand des finanziellen Kollapses manövriert. Für diesen Zeitgewinn haben sich insbesondere die westlichen Länder bis zur Halskrause verschuldet. Heute haben die Staatsschulden in den wichtigsten Industrienationen den höchsten Stand seit 200 Jahren erreicht.
- **Die nächste große Banken- und Finanzkrise wird noch schlimmer als die von 2008** Die kommende Banken- und Finanzkrise wird die vorherige aus 2008 noch in den Schatten stellen. Die Staaten werden mit dieser endgültig überfordert sein. Daher werden bereits jetzt global auf verschiedenen Ebenen die Weichen dafür gestellt, uns Bürger künftig direkt in die Pflicht zu nehmen, wenn es gilt, das Finanzsystem abermals zu retten.
- **Vermögensabgabe: 10 oder 30%?** Der IWF hat im Herbst 2013 eine einmalige Schuldensteuer von 10% auf alle Vermögen (Sparvermögen, Wertpapiere und Immobilien) ins Gespräch gebracht. Ziel wäre es, damit die Schulden in Europa auf das Vorkrisenniveau von 2007 zu senken. Einen Schritt weiter geht die Unternehmens- und Strategieberatung Boston Consulting Group. Ihre Empfehlung: Ein Drittel aller Guthaben konfiszieren.
- **Enteignungen von Staatsanleihen leicht gemacht** Die CAC-Klausel (Collective Action Clause, deutsch: Kollektive Handlungsklausel) ist bereits seit 2013 europäisches Gesetz. Damit können im Notfall die Besitzer von

Staatsanleihen gegen ihren Willen rückwirkend enteignet werden. Das betrifft die Besitzer von Staatsanleihen, Lebens- und Rentenversicherungen, Rentensparverträgen und auch von konservativ aufgestellten Fonds. Die Anbieter der genannten Produkte sind gesetzlich verpflichtet, das Geld ihrer Kunden in Anleihen mit „hoher Güte“ anzulegen. Das sind ausgerechnet oft Staatsanleihen. Seit 2013 enthalten alle ausgegebenen Staatsanleihen die CAC-Klausel. In fünf Jahren werden mehr als die Hälfte aller Anleihen diese Klausel über kollektives Handeln enthalten. Als Besitzer der in Lebensversicherungen, Rentenversicherungen und Fonds enthaltenen Staatsanleihen können Sie problemlos rückwirkend und gegen ihren Willen enteignet werden. In Notsituationen kann dies natürlich jederzeit auch als alternativlos für ältere Verträge umgesetzt werden.

- **Steuer- und Abgabenerhöhungen steigen – Leistungen des Staats fallen** Der Staat generiert seine Einnahmen durch Steuern. Trotz neuer Top-Werte reichen diese nicht aus. Also werden auch noch üppig Schulden aufgenommen. Zukünftig werden wir eine Vielzahl von Steuererhöhungen, neuen Steuern, Abgabenerhöhungen und neuen Abgaben erleben. Die Besteuerung von Immobilien ist ein äußerst beliebtes Finanzierungsmittel der Staaten. Unter anderem wurde die Grunderwerbssteuer in vielen Bundesländern bereits drastisch erhöht, so in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bremen und Niedersachsen beispielsweise von 3,5 auf 5 Prozent. In Berlin sind es schon 6 Prozent und in Schleswig Holstein sogar 6,5 Prozent. Immobilienbesitzer können sich in Zukunft auf eine Immobiliensondersteuer gefasst machen. Ferner werden wir in Zukunft noch zahlreiche Steuer- und Abgabenerhöhungen erleben welche wir uns gegenwärtig noch nicht vorstellen können.
- **Krankenkassenbeiträge steigen** Um unser Gesundheitssystem am Leben zu erhalten, müssen und werden die Krankenkassenbeiträge als Folge unserer geographischen Entwicklung kontinuierlich steigen und immer mehr Bürger vor ernste Finanzierungsprobleme stellen.
- **Ihr Geld auf dem Konto ist nicht sicher** Seit Zypern sollte jedem bewusst sein: Das Geld auf dem Konto der Bank gehört nicht Ihnen sondern der Bank und es ist deshalb keinesfalls sicher. In Zypern wurden erstmals Sparer enteignet und mussten für ihre Bank geradestehen. Heute ist das Zypernmodell europäisches Gesetz (Bail-in). Jetzt haften alle Sparer in Europa ab 100.000 € für ihre Bank. Dieser Betrag kann jederzeit nach unten angepasst werden.
- **Gebühren rauf** Machen Sie auch auf happige Gebührenerhöhungen gefasst. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank schneiden deutsche Banken im europäischen Vergleich schlecht ab. Dazu passt, dass hierzulande die Eigenkapitalrendite mit 1,26 Prozent im Jahr 2013 sogar unter dem europäischen Durchschnitt lag.
- **Kontoguthaben werden rückwirkend zwangsbesteuert – Sparen lohnt sich nicht mehr!** Rückwirkend werden seit dem 1. Januar 2014 Sparguthaben in Spanien besteuert. Das perfide Modell wird wohl Nachahmer finden.
- **Limits für das Abheben von Bargeld** Heute existieren bereits in zahlreichen Ländern der Euro-Zone, wie beispielsweise Griechenland, Spanien, Portugal..., Begrenzungen für das Abheben von Bargeld. Auch in Deutschland gilt: Sie können nicht mehr schnell an Ihr Geld herankommen. Selbst bei einem Tagesgeldkonto müssen Sie Beträge ab 10.000 € anmelden und ggf. einige Tage warten. Daher raten wir Ihnen, stets einen gewissen Bargeldbestand zu Hause vorzuhalten.
- **Attraktiv verzinste Altverträge werden gekündigt** Der Finanzindustrie macht die Niedrigzinsphase erheblich zu schaffen. Daher wird versucht, sich früher eingegangener Verpflichtungen zu entledigen. Die LBS Bayern hat im November 2014 über 26.000 für Bausparer attraktive Altverträge gekündigt. Die BHW hat ebenfalls bereits 25.000 Altkunden gekündigt. Je länger die Niedrigzinsphase anhält, desto öfter werden wir solche Praktiken der Finanzindustrie erleben. Verträge werden trickreich umgangen oder gebrochen.
- **Bargeld macht verdächtig = Limits auch für Einzahlungen** Grenzen auch für Bareinzahlungen werden in immer mehr Länder üblich. Beispiele: Spanien, Frankreich, Italien etc. So dürfen Sie z. B. in Italien nur noch Rechnungen bis 1.000 € in bar begleichen.
- **Abwertung des Euro** Auf Grund der dauerhaften Abwertung des Euro wird nicht der Urlaub außerhalb der Euro-Zone teurer, sondern auch der Import von Waren aus Nicht-Euro-Ländern. Bereits heute ist der Euro auf dem tiefsten Stand seit neun Jahren.
- **Aktien-Crash 2015!** Jedem von uns sollte klar sein, dass dieser Irrsinn unausweichlich mit einem verheerenden Knall enden wird. Für 2015 sehen wir einen Crash am Aktienmarkt – sofern die Notenbanken diesen nicht wieder mit immensen und fragwürdigen Maßnahmen stoppen. Damit würde man sich jedoch abermals teuer Zeit erkaufen und den Crash in die Zukunft verschieben. Die Märkte sind massiv überbewertet und nachhaltig manipuliert. Aus diesem Grund sind Aktieninvestments zur gegenwärtigen Zeit schwer zu überdenken.

Veröffentlicht am 5. Februar 2015 von [Marc Friedrich und Matthias Weik](#) in [Im Blickpunkt](#)

<http://www.geolitico.de/2015/02/05/2015-bricht-der-finanz-sturm-los/>